

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Letzte Woche waren es die Apotheker, gestern gingen die deutschen Klinikbetreiber auf die Straße, um mit einer Großkundgebung in Berlin Druck auf die Bundesregierung auszuüben, »den eiskalten Strukturwandel zu beenden«, sprich ihre Krankenhausreform zu beerdigen. Das ist ok so – denn auch über solch außerparlamentarischen Druck funktioniert Demokratie. Und am Wochenende gab es erneut eine Großdemonstration in München, um das bayerische Polizeiaufgabengesetz zu verhindern – wenige Tage, nachdem der Bayerische Verfassungsgerichtshof entschieden hat, dass das Gesetz verfassungskonform ist. Trotzdem ist auch solch eine Demonstration ok, zumindest für SPD und GRÜNE, die sich dafür zu einem Bündnis u.a. mit DIE LINKE, der DKP, Marxisten-Leninisten und mehreren vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen zusammengetan

haben. Auch dass Parteigrößen von SPD, GRÜNEN und FDP dort sprechen, ist völlig in Ordnung, denn die **Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit sind nun einmal Grundpfeiler unserer Demokratie.**

Das haben sich wohl auch die sehr CSU-nahen Initiatoren der Demonstration gegen das Gebäudeenergiegesetz der Berliner Ampel gedacht, zu der am vorletzten Samstag über 13.000 besorgte Bürger nach Erding kamen. Auch die Rednerliste war dann sehr bürgerlich: Der Präsident des Bayerischen Bauernverbands, der Präsident der bayerischen Waldbesitzer, der bayerische FDP-Vorsitzende, Kaminkehrer- Bäcker-, Metzgermeister – eben Menschen aus der mit-tigsten Mitte der Gesellschaft. Die AfD war erfreulicherweise und zu Recht eingeladen worden. Erst als Ministerpräsident Markus Söder, der noch im Vorfeld bekundet hatte, es gehe darum, ein **deutliches Signal aus der »Mitte der Gesellschaft«** in Richtung Berlin zu senden, Buhrufe einstecken musste, während nach ihm Hubert Aiwanger »Zugabe«-Rufe erntete, war es an der Zeit, die Veranstaltung am rechten Rand zu verorten anstatt in der Mitte der Gesellschaft. Es ist nicht nur **unredlich, loyale und staats-treue Menschen, die sich von der Politik nicht mehr verstanden und nicht mehr vertreten fühlen, an den rechten Rand zu schieben. Es ist vor allem dumm und gefährlich.** Denn schon jetzt können sich 47% der Deutschen vorstellen, die AfD zu wählen, das sind fast doppelt so viele wie noch vor drei Jahren. Wer diese Menschen ausgrenzt anstatt sie in die Mitte zurückzuholen, treibt sie geradezu zu den rechten Ratenfängern!

Genau das hat Hubert Aiwanger in Erding artikuliert und sich damit eindeutig von der AfD abgegrenzt. In einer mit Bedacht konstruierten und inszenierten Entrüstung wurde und wird ihm nun das Gegenteil unterstellt. Seinen Satz, dass *»endlich die schweigende große Mehrheit im Land sich die Demokratie wieder zurückholen«* müsse, kann man natürlich missverstehen – wenn man dies unbedingt will.

Für mich war – gerade im Zusammenhang mit dem nächsten Satz »Wir wollen, dass Politik das umsetzt, was der Bürger will in der Mehrheit« und dem Rest der Rede – völlig klar, dass »Demokratie zurückholen« in dem Sinne gemeint war, auf die Mehrheit der Bürger zu hören, mehr Demokratie im ursprünglichen Sinn zu betreiben und eben nicht an der Mehrheit vorbei zu regieren. Dass ein Großteil der Entscheidungen der Ampel nicht von einer Mehrheit im Lande getragen wird, ergibt sich zuverlässig aus vielen Umfragen. Selbst Robert Habeck hat auf dem GRÜNEN-Parteitag am letzten Wochenende die Warnung an seine Partei ausgesprochen, man müsse aufpassen, dass man nicht gegen die große Mehrheit der Wähler regiere. Sind das nicht fast Hubert Aiwangers Worte?

Ja, vielleicht ist der Satz ein bisschen arg plakativ, dass das Land »den ganzen Tag von einigen wenigen Grünen-Funktionären umerzogen wird.« Gesagt hat in Erding allerdings nicht Hubert Aiwanger, sondern MP Markus Söder. Und ich verstehe ihn dabei. Aber wenn zwei das Gleiche sagen, ist das eben noch lange nicht das Gleiche.

Der Zuspruch von vielen – teils unvermuteten Seiten – hat mir allerdings klar gemacht, dass die Menschen sich gar nicht so leicht für dumm verkaufen lassen, wie mancher das offensichtlich gern hätte.

Ihnen aber wünsche ich eine sonnige Woche mit ein paar schattigen Momenten,



Ihr Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



MEINE WOCHE IM LANDTAG

Wussten Sie, dass Bayern **jeden dritten Euro in Bildung** investiert? Das ist gut so, denn so haben wir vor wenigen Wochen in der Bayernkoalition durchsetzen können, dass die **Besoldungsstufe A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer in Bayern** kommt. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter und wollen dies **auch Pädagogen an Schulen in freier Trägerschaft** ermöglichen. Außerdem hat uns die **Regierungserklärung** von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beschäftigt. Sie **glänzte mit beeindruckend guten Zahlen**. Neugierig geworden? Dann gerne weiterlesen!



Die Abgeordneten (v.l.) Josef Zellmeier, Prof. Dr. Gerhard Waschler und Thomas Kreuzer (CSU), sowie Florian Streibl, Tobias Gotthardt und Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) am Dienstag bei der Pressekonferenz zur Stärkung bayerischer Privatschulen. (Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion)

RÜCKBLICK

EINGANGSBESOLDUNG A 13 BALD AUCH BEI LEHRERN AN SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT: WIR STELLEN PRIVATE UND KIRCHLICHE SCHULEN ZUKUNFTSFEST AUF!

Der Freistaat Bayern investiert in diesem Jahr 24,6 Milliarden Euro in Bildung, um das hochwertige, differenzierte bayerische Bildungssystem zu erhalten und weiter auszubauen. **Privatschulen sind dabei eine wichtige Ergänzung und zunehmend beliebte Abrundung des öffentlichen Schulangebots:** Über zwölf Prozent

aller bayerischen Schülerinnen und Schüler besuchen mittlerweile eine Privatschule. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und Schulen in privater Trägerschaft zukunftsfest aufzustellen, **erhöhen die Regierungsfractionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU im Zuge der Verbesserungen bei der Beamtenbesoldung auch die Zuschüsse für Privatschulen.** Auch für Schulen in freier Trägerschaft – also private und kirchliche Schulen – wird die **stufenweise Einführung von A 13** übernommen. Ein entsprechendes Finanzierungskonzept haben wir diese Woche der Öffentlichkeit vorgestellt. Deshalb **steigt der Zuschusssatz ab 1. Januar 2024 in drei Schritten an.** Das gibt Schulen in freier Trägerschaft finanzielle Stabilität und langfristige Planungssicherheit. Zudem wird der **Schulgeldersatz künftig für zwölf Monate bezahlt** – statt wie bisher für elf. Wir ermöglichen es Privatschulen damit, ihre Pädagogen angemessen zu bezahlen. So sorgen wir für **mehr Fairness im Wettbewerb um die besten Köpfe** und setzen ein weiteres Ziel des Koalitionsvertrags um. Denn wir wollen die individuellen Fähigkeiten, Interessen und Begabungen einer zunehmend heterogenen Schülerschaft noch stärker fördern. Mehr [\[HIER\]](#)!

REGIERUNGSERKLÄRUNG »WOHLSTAND SICHERN DURCH EINE STARKE WIRTSCHAFT«: WIR SIND STOLZ AUF WIRTSCHAFTSMINISTER HUBERT AIWANGER UND STAATSEKRETÄR ROLAND WEIGERT

Denn gerade die vergangenen fünf Jahre waren für die bayerische Wirtschaft eine große Herausforderung: Die **Bewältigung der Corona-Krise sowie der russische Angriff auf die Ukraine** und dessen Folgen haben uns allen viel abgefordert. Dennoch steht der Freistaat heute besser da denn je: **Wäre Bayern ein eigener Staat, so läge er mit einem Bruttoinlandsprodukt von knapp 720 Milliarden Euro auf Platz 23 in der Welt – noch vor Taiwan, Polen, Schweden und Belgien!** Das spiegelt auch unser sehr robuster Arbeitsmarkt wider: Mit 3,1 Prozent im Jahresschnitt 2022 hat **Bayern die niedrigste Arbeitslosigkeit** in ganz Deutschland. Der Mittelstand boomt, sodass das Wirtschaftsministerium **heuer 5.000 Handwerksbetriebe mehr zählt als vor der Corona-Krise. Auch der Tourismus hat einen rasanten Neustart hingelegt** – mit mehr als 92 Millionen Übernachtungen lagen wir bereits vergangenes Jahr über Vor-Corona-Niveau. Heute können wir sagen: **Die Bayerische Wirtschaft hat die Pandemie gut überstanden.** Die Folgen des Krieges gegen die Ukraine und damit verbunden explodierenden Energiepreisen hat ein Großteil der Unternehmen ebenfalls gut gemeistert. Unser besonderer Dank gilt daher IHK Oberbayern, Handwerkskammer, Verband der Bayerischen Wirtschaft sowie

den vielen Fachleuten im Bayerischen Wirtschaftsministerium. Sie alle haben unter Federführung des Wirtschaftsministers und dessen Staatssekretär mitgeholfen, ein solches Wachstum zu ermöglichen. **Hubert und Roland – wir danken Euch für diese starke Leistung! [\[HIER\]](#) mehr.**



DRINGLICHKEITSANTRAG »DEMOKRATIE GEMEINSAM STÄRKEN STATT LIED DER RECHTS- POPULISTEN SINGEN« IST PEIN- LICHES ABLENKUNGSMANÖVER DER GRÜNEN

Mit ihrer Exegese zu den Reden auf einer Großdemonstration gegen die eigene Politik erzeugen die Grünen einen Sturm im Wasserglas, der offenbar vom politischen Totalversagen der Ampel auf Bundesebene ablenken soll. Dieses billige Manöver ist ebenso peinlich wie durchschaubar. **Hubert Aiwanger hat in Erding ein reales Demokratiedefizit benannt: Die Ampel wollte ihr umstrittenes Heizungsgesetz gegen den Willen von 80 Prozent der Menschen in Deutschland durchdrücken.** Selbstverständlich ist das in unserer repräsentativen Demokratie ihr gutes Recht und zweifellos legal. **Ob es aber demokratisch legitim ist, derart Politik gegen die Mehrheit der Menschen zu machen, darf und muss man durchaus hinterfragen.** Die Entkernung des Habeck-Entwurfs auf Bundesebene zeigt eindrucksvoll, dass Aiwangers Auftritt in Oberbay-

ern nicht ohne Folgen blieb. Wahrlich populistisch ist stattdessen das Agieren der FDP, die das Gebäudeenergiegesetz zuerst mitbeschließt und danach dagegen demonstriert. **Gesellschaftliche Spaltung entsteht jedenfalls nicht durch markige Sprüche von Hubert Aiwanger, sondern durch die Politik der Ampel, die laut Umfragen fast 70 Prozent der Menschen besorgt um ihre Zukunft macht.** Dieses Polit-Versagen ist es, das zwischenzeitlich jeden fünften Wähler rechten Spinnern zugetrieben hat. Wir können es uns aber nicht erlauben, 20 Prozent der Menschen in unserem Land politisch aufzugeben. Es ist deshalb kein Fischen am rechten Rand, sondern drängende Aufgabe aller Demokraten, alles daran zu setzen, diese Menschen aus den Fängen politischer Rattenfänger zu befreien und in die politische Mitte zurückzuholen. **Der Rücktritt eines Wirtschaftsministers könnte dabei helfen – allerdings in Berlin und nicht in München.** Mehr gibt's [\[HIER\]](#).

GEGEN BÜROKRATIE UND RETAXIERUNGEN DURCH KRANKENKASSEN: WIR UNTERSTÜTZEN APOTHEKER-PROTEST!

Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion gilt es, unausgelegene Reformbestrebungen auf Bundesebene zu verhindern – deshalb haben wir den **zentralen Protesttag der Apothekerinnen und Apotheker vergangenen Mittwoch gerne unterstützt.** Apotheken benötigen die nötige Flexibilität, um ihre Aufgaben erfüllen zu können und die Menschen in Bayern mit Arzneimitteln zu versorgen. **Eine weitere wichtige Aufgabe von Apotheken ist die Beratung von Patientinnen und Patienten.** Die Bundesregierung muss daher **Maßnahmen gegen zunehmende Bürokratie im Apothekerwesen** ergreifen. So erfolgen durch die Krankenkassen derzeit regelmäßig sogenannte Retaxierungen – das heißt: **Zuschläge oder Erstattungen für bereits abgegebene Arzneimittel werden verweigert.** Diese Maßnahmen ha-



Verbraucherminister Thorsten Glauber (Bildmitte) informiert sich in der St. Michaels Apotheke in Neunkirchen am Brand.
Foto: StMUV

ben einen äußerst negativen Einfluss auf den gesamten Apothekerbetrieb. Insofern ist es dringend erforderlich, **derartige Regresse auf das absolut notwendige Maß zurückzuführen.** Bloße Formalien dürfen kein Grund dafür sein. Noch mehr Infos gibt's [\[HIER\]](#).



KURZNEWS

DER LETZTE ZEUGE: SÖDER IM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS »STAMMSTRECKE«

Finale Zeugenvernehmung im Untersuchungsausschuss »Stammstrecke«. Aufzuklären ist das **Debakel rund um den Bau der zweiten Münchner S-Bahn-Stammstrecke.** Unser stellvertretender Fraktionschef und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses **Bernhard Pohl** empfing vergangenen Donnerstag keinen Geringeren als **Ministerpräsident Söder.** Wie die Sitzung verlief und **wie Söder auf Pohls beständiges Nachfragen reagierte,** lesen Sie [\[HIER\]](#).

BAUFÖRDERUNG DER BUNDESREGIERUNG: FREIE WÄHLER-FRAKTION FORDERT NACHBESSERUNG BEI KFW-PROGRAMMEN

Die Bundesregierung stellt ihre Bauförderung neu auf: Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat sie die Fördermaßnahmen »Klimafreundlicher Neubau – Wohngebäude« sowie »Wohneigentum für Familien« aufgelegt. Das ist gut gemeint, funkti-

oniert so im Freistaat aber nicht. **Angesichts des in weiten Teilen Bayerns im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlichen Preisniveaus für den Neubau von Wohnraum sowie der in jüngster Zeit massiv gestiegenen Baupreise sind die Förderbedingungen der genannten Programme hier nicht ausreichend.** Mittels Dringlichkeitsantrag im Plenum fordern wir eine entsprechende Nachbesserung der KfW-Programme. Insbesondere die maximal geförderten Kreditbeträge sind zu gering und die Einkommensgrenzen im KfW-Programm »Wohneigentum für Familien« zu niedrig. Angesichts des Wohnraummanagements muss der sich abzeichnende Einbruch der Neubautätigkeit im Wohnungsbereich dringend abgewendet oder zumindest abgefedert werden – gerade in Bayerns Ballungsgebieten. Hier lesen Sie [\[MEHR\]](#).

GEBÄUDEENERGIEGESETZ: FREIE WÄHLER-FRAKTION KRITISIERT PLÄNE DER BERLINER AMPELREGIERUNG

Die Bundesregierung will die geplanten **Vorschriften für den Einbau neuer Heizungen** im Entwurf des Heizungsgesetzes **zugunsten des Ausbaus der Fernwärmenetze lockern**: Wer sein Haus ans Fernwärmenetz anschließen kann, soll von der Pflicht zum Einbau einer umweltschonenden Heizung befreit werden. In Bayern gibt es mehr als 2.000 Gemeinden mit unterschiedlichsten Lebensbedingungen und infrastrukturellen Einrichtungen. **Fernwärme ist nicht in allen Gemeinden verfügbar und aus deren Sicht aktuell nicht überall gleichermaßen wirtschaftlich sinnvoll.** Daher halten wir das beabsichtigte Vorgehen der Berliner Ampelregierung für mehr als ungerecht. Mittels Antrag fordern wir eine Unterstützung des Ausbaus von Fernwärmeinfrastrukturen aus Bundesmitteln anstelle des aktuell intensiv diskutierten Heizungsgesetzes. Was in dem Dokument noch drin steht, lesen Sie [\[HIER\]](#).

NEUE REGELUNG FÜR VERPACKUNGEN: WIR WOLLEN DAS BEWÄHRTE DEUTSCHE MEHRWEGSYSTEM ERHALTEN – DIE EU NICHT!

Die EU will mit der Europäischen Verpackungsordnung PPWR neue Regeln für Verpackungen einführen – und die haben es in sich: Demnach dürfen **Verpackungen ab 2030 nicht mehr in Verkehr gebracht werden, wenn sie ein Mindestmaß an Recyclingfähigkeit unterschreiten.** Gewicht, Volumen und Leerraum sollen auf ein Minimum reduziert werden. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion befürchtet, dass das **PPWR das sehr gut etablierte deutsche Mehrwegverpackungssystem behindern könnte** – und setzt sich deshalb heute mittels Dringlichkeitsantrag für



den uneingeschränkten Erhalt des erfolgreichen deutschen Systems ein. Hier gibt es [\[MEHR\]](#).

UNSERE FRAKTIONSZEITUNG DRUCKFRISCH IM NETZ – SCHAUT GLEICH MAL REIN: [\[HIER\]](#)!

Topthemen

- ▶ Wohnen muss wieder bezahlbar werden!
- ▶ Essen wir bald nur noch spanisches Schweinefleisch?
- ▶ Nahaufnahme: Fünf Fragen an den Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung **Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer**

DER WOCHENDURCHBLICK: BESTE BILDUNG FÜR BAYERN – WIE WIR JETZT AUCH SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT ZUKUNFTSFEST AUFSTELLEN!

Der Freistaat **Bayern investiert jeden dritten Euro in Bildung**, um das hochwertige, differenzierte bayerische Bildungssystem zu erhalten und weiter auszubauen. Privatschulen sind dabei eine wichtige Ergänzung; mehr als zwölf Prozent aller bayerischen Schülerinnen und Schüler besuchen eine solche Einrichtung. **Um Schulen in privater Trägerschaft zukunftsfest aufzustellen, erhöhen wir im Zuge der Verbesserungen bei der Beamtenbesoldung auch Zuschüsse für Privatschulen.**

Mehr dazu im Wochendurchblick mit unserem Fraktionsvorsitzenden **Florian Streibl**: [\[HIER\]](#)!

#FRAG'FABIAN ZUR DEBATTE UM DIE REDE HUBERT AIWANGERS GEGEN HABECKS HEIZ-HAMMER IN ERDING

Die Rede von Hubert Aiwanger bei der Heizungs-Demo am 10. Juni in Erding erhitzt weiterhin die Gemüter. Doch was sagt unser Parlamentarischer Geschäftsführer **Dr. Fabian Mehring** dazu? Ist es legitim, **Politik gegen die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland zu machen** – so wie es gerade die Ampelkoalition in Berlin tut? Erzeugen markige Sprüche allein **gesellschaftliche Spaltung**? Fabians Einordnung seht Ihr [\[HIER\]](#) im Video.



HINTERHOFKONZERT VOR DER OBDACHLOSENUNTERKUNFT IN KEMPTEN

Es scheint nach wie vor ein Tabuthema zu sein. Obdachlosigkeit. Von offizieller Seite leben rund 18.000 Menschen in Bayern in Obdachlosenunterkünften, aber die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein. Tendenz steigend. Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen. Es ist unsere Aufgabe sie vom Rand der Gesellschaft in die Mitte zu holen und Berührungsängste abzubauen. Mir war es deshalb ein Anliegen, eines der beiden Hinterhofkonzerte des TiK, welches ich in diesem Jahr wieder sponsere, vor der Obdachlosenunterkunft in der Reinharter Straße 8-12 spielen lassen. Seit dem erfolgreichen Start in der Coronapandemie spielen Künstlerinnen und Künstler des Theaters ein 15-minütiges Konzert je nach Wunsch im Hinterhof, Vorgarten oder der Garageneinfahrt. Gespendet wird für einen guten Zweck, in diesem Jahr für das Kinderhospiz in Bad Grönenbach. Von der ersten Stunde an nutzte ich die Gelegenheit, durch meine Spende Menschen ein solches Konzert zu ermöglichen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen oder als wertschätzende Anerkennung für ihre beson-

deren Leistungen. In den Vorjahren waren dies unter anderem ein Seniorenheim, verschiedene Behinderten-einrichtungen, aber auch Pflegekräfte im Dienst. Auf meine Einladung hin hatten sich nun zahlreiche wohnungslose Menschen vor der Unterkunft in der Reinharter Straße versammelt, um sich von Rainer Hartmann am Akkordeon (Rainer von Vielen) und seinem Kollegen Michael Schönmetzer an der Gitarre musikalisch mitreißen zu lassen. Diese Menschen haben schwierige Zeiten hinter sich und ihnen fehlt jedwede Perspektive. Dieses Konzert war mit Sicherheit nur ein kleiner Lichtblick, aber ich hoffe, dass wir zeigen konnten, dass wir sie nicht vergessen haben. Das zweite Konzert, welches ich in diesem Jahr sponsere, wird am 29. Juni um 19.30 Uhr im Integrierten Wohnen (IWO) in der Brennergasse stattfinden.

ALS ABGEORDNETER VOR ORT – ZU BESUCH IM RATHAUS UND IM SOLARPARK WIGGENSBACH

Photovoltaikanlagen sind auf Hausdächern mittlerweile die Regel. Die Marktgemeinde Wiggensbach ist noch einen Schritt weiter gegangen. Zusammen mit dem Unternehmen Solarenergie Allgäu GmbH (SEA) betreibt sie seit dem vergangenen Jahr eine großflächige PV-Freianlage, den so genannten Solarpark Wiggensbach. Im Rahmen meines regelmäßigen Austausches mit den Bürgermeistern in den Allgäuer Gemeinden habe ich mir nun persönlich ein Bild von der Anlage und der damit verbundenen Erfolgsgeschichte gemacht. Ich bin nachhaltig beeindruckt von diesem Konzept und davon, wie vorbildlich hier mit den sensiblen Themen Flächenkonkurrenz und Landschaftsverträglichkeit umgegangen wurde. Mir ist wichtig, dass die Wertschöpfung

vor Ort bleibt und im Idealfall allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt. Das hat hier beispielhaft funktioniert. Von der PV-Freiflächenanlage profitieren eben nicht auswärtige Investoren oder nur Einzelne, sondern das ganze Dorf und damit alle rund 5.100 Bewohnerinnen und Bewohner. Der Ertrag, den die Anlage erwirtschaftet, ermöglicht es der Kommune die eigene Infrastruktur zu stärken. Der erzeugte Strom wird regional abgenommen und verbraucht. Der Solarpark zeigt, dass eine regionale Energiezukunft möglich sei, und berücksichtigt die lokalen Gegebenheiten. Wenn Klimaziele vor Ort umgesetzt werden und dabei noch eine möglichst große Wertschöpfung im Allgäu bleibt, dann haben wir unser Ziel erreicht. Die sechs Hektar große Anlage ist außerdem der beste Beleg dafür, dass sich PV-Freiflächenanlagen sehr gut in die Landschaft einfügen können.

APPELL FÜR BÜROKRATIEABBAU – HERAUSFORDERUNG WINDKRAFT

Der Wiggensbacher Bürgermeister Thomas Eigstler sprach bei meinem Besuch im Rathaus auch das Thema Bürokratieabbau an und sprach von einer »teilweise total überzogenen Bürokratie«, welche die Arbeit der Verwaltung unnötig und über die Maßen belaste. Hohe bürokratische Belastungen gerade bei Förderanträgen würden finanzielle und fachliche Ressourcen binden. Der Appell von Herrn Eigstler spricht mir aus der Seele, weil ich mit meiner Fraktion seit Jahren dafür kämpfe, dass Kommunen mehr Spielraum bekommen. Die große Aufgabe für die nächsten Jahre wird sein, dafür zu sorgen, dass die Antragsverfahren für Zuschüsse vereinfacht werden. Es muss Schluss sein mit sinnlosen Verordnungen und man muss den Kommunen mehr Eigenverantwortung zutrauen. Auch bei der Thematik Windenergie nutzte Eigstler die Chance, seine Erfahrungen an die Landespolitik weiterzugeben. »Ich habe in der letzten Zeit den Eindruck gewonnen, dass bei den Bayerischen Staatsforsten die Kommunalfreundlichkeit schwindet«, so Eigstler. Das neue Windkraftgesetz, welches am 1. Februar 2023 in Kraft getreten ist, macht nun auch Windkraftanlagen in Bayerischen Staatswäldern möglich. Angedacht war, vor allem die Kommunen, auf deren Flur die Anlage errichtet werden soll, und damit letztlich die Bevölkerung bei der Vergabe profitieren zu lassen. Die Ausschreibungsverfahren sei-



en aber so gestaltet, dass doch meist auswärtige Unternehmen anstatt der Kommunen vor Ort zum Zug kämen, so Eigstler. Ich fordere daher, dass die Bayerischen Staatsforsten in ihrem Bereich die Rahmenbedingungen so gestalten, dass kommunale Unternehmen gegenüber internationalen Investoren nicht das Nachsehen haben. Die lokale Wertschöpfung muss so in die Bewertung einfließen, dass kommunale Träger eine reale Chance auf den Zuschlag bekommen. Darüber hinaus war ich mir mit Bürgermeister Eigstler einig, dass es hinsichtlich neuer Windkraftanlagen eine große Herausforderung ist, Standorte zu finden, die beispielsweise wie in Wildpoldsried, Kraftsried und Unterthingau auf hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung stoßen. Es ist wichtig, dass wir im Allgäu alle an einem Strang ziehen. Die gute Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern ist für mich als Allgäuer Abgeordneter genauso wichtig wie das offene Ohr für die Anliegen und Themen der Allgäuer Kommunen. Es freut mich, wenn ich dadurch die Stärken des Allgäus in München optimal einbringen und etwas für unsere Gemeinden erreichen kann.



IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de